



ABH e.V. – UNSER HAUS – Rundbrief-Januar

Pettenkofenstr. 32
10247 Berlin
Tel. 030 857 577 61
info@heimerfahrung.berlin

Liebe Freundinnen und Freunde von UNSER HAUS,

wir heißen Sie im Jahr 2021 willkommen!! Es ist noch ganz jung, dieses Jahr, vielleicht noch etwas wackelig auf den Beinen und etwas unsicher, wie es so mit ihm weitergehen soll.

Vielleicht wird es stärker, sicherer und im Zuge dessen auch schöner, wenn wir alle ihm etwas Optimismus schenken. So ist es doch, an wen geglaubt wird, der erstarkt!

In diesem Sinne wünschen wir allen und dem noch jungen Jahr eine Extraportion Zuversicht.

Wir freuen uns auch in diesem Jahr mit Ihnen ins Gespräch und in den Austausch zu kommen, Sie ein Stückchen auf Ihren Wegen zu begleiten und mit Ihnen gemeinsam weitere Schritte in UNSERem HAUS zu machen!

Bereits seit dem 4. Januar sind wir wieder für Sie und in Ihrer Sache aktiv. Im Zuge der anhaltenden Kontaktbeschränkungen gelten dafür folgende Regelungen: Einschränkungen, aber auch neue Angebotsformen.

Das Wichtigste zuerst:



Zur Eindämmung des Infektionsrisikos wird es aber (wie schon im Dezember) auch weiterhin KEINE GRUPPENANGEBOTE vor Ort in der Pettenkofenstraße geben.

GRUPPENTREFFEN gibt es also NUR in ONLINE-Form.

Um die Teilnahme möglichst vielen Besucher*innen zu ermöglichen, haben wir im letzten Monat unsere **Online-Offensive** gestartet, an die wir hier noch einmal erinnern wollen. Im Rahmen dieser Offensive können Sie bei uns **individuelle Unterstützung** bei der Schaffung des Zugangs zu „digitalen Kommunikationsformen“ bekommen. Diese kann bis zur leihweisen Ausstattung mit entsprechender Technik gehen. Bitte nutzen Sie den entsprechenden Fragebogen aus dem Dezember, um Ihr Interesse an diesem Angebot anzumelden.

Aber es muss nicht immer Hochtechnologie sein! Um in Kontakt zu bleiben, reicht oftmals auch das **Telefon**. Sie können uns während unserer offiziellen telefonischen Sprechzeiten (siehe

Monatskalender) erreichen, aber **EINZELVERABREDUNGEN** während der „TREFFZEITEN“ sind nicht nur für persönliche Treffen vor Ort in der Pettenkofenstraße möglich, sondern Sie können sich selbstverständlich auch für ein **TELEFONGESPRÄCH verabreden**.

Ihren Verabredungswunsch können Sie uns am besten über Telefon (Anrufbeantworter) oder Mail mitteilen. Wir (der/die Angesprochene) melden uns dann bei Ihnen (bitte geben Sie auch an, wann Sie gut erreichbar sind).

Hier deswegen noch einmal unsere Kontaktdaten:

- | | | |
|---------------------|--|----------------|
| • allgemein | info@heimerfahung.berlin | 030 857 577 61 |
| • André Frehse | frehse@heimerfahung.berlin | 030 814 865 43 |
| • Nanett Ben Brahim | benbrahim@heimerfahung.berlin | 030 857 577 61 |
| • Jana Johannson | johannson@heimerfahung.berlin | 030 814 865 45 |
| • Marit Kämmerer | kaemmerer@heimerfahung.berlin | 030 814 865 44 |
| • Herbert Scherer | scherer@heimerfahung.berlin | 030 814 865 48 |

Wir freuen uns über Ihre Anrufe! Unabhängig davon, ob Sie ein konkretes Anliegen haben oder einfach nur über Dies und Das plaudern wollen.

Aber Sie wollen ja vielleicht nicht nur mit uns (vom Team von UNSER HAUS) sprechen sondern auch untereinander Kontakt halten. Dazu haben wir uns **zwei neue KOMMUNIKATIONSANGEBOTE** überlegt, die wir auf einer Seite im Anhang ausführlicher darstellen und zu denen wir gerne Ihre Meinung erfahren würden!

Ein neues Unterstützungsangebot von UNSER HAUS: Hilfestellung bei ONLINE-TERMINVEREINBARUNGEN

Aus der Praxis wissen wir, dass sich derzeit die Vereinbarung von **Terminen mit Behörden, Ärzten u. Ä.** für diejenigen als besonders schwierig erweist, die nicht ans Internet angeschlossen sind oder dieses nur sehr begrenzt nutzen. Oftmals ist auch eine Terminverabredung vor Ort derzeit nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich.

Aus diesem Grunde möchten wir Ihnen anbieten, Termine, die Sie in Ermangelung von Möglichkeiten selbst nicht vereinbaren können, in Ihrem Namen zu verabreden.

Um dieses Angebot in Anspruch zu nehmen, wenden Sie sich bitte mit **dem Stichwort „Terminvereinbarung“** und einer Rückrufnummer/Emailadresse an uns. Über den Zentralruf (030 857 577 61) und info@heimerfahung.berlin nehmen wir Ihre Anfragen gerne entgegen und melden uns dann zeitnah zurück, um alle weiteren notwendigen Details mit Ihnen zu klären.

Und abschließend noch etwas **in eigener Sache** zu unserem Monatsrundbrief:

Die monatliche kleine **Presseschau** ist diesmal besonders umfangreich geraten. Es gab einfach im Dezember viele Presseinformationen zum Heimkinder-Thema und wir möchten gerne an dem Anspruch festhalten, unseren Lesern möglichst alles, was wir zu diesem Thema in aktuellen Veröffentlichungen finden, zugänglich zu machen. Allerdings sollen Sie selbst entscheiden können, ob Sie es sich antun wollen, auch die oftmals sehr deprimierenden und möglicherweise (re-)traumatisierenden Berichte zu lesen. Deswegen wird die Presseschau ab sofort **ans Ende** der angefügten Beilagen gelegt. Sie entscheiden dann selbst, ob Sie weiterlesen wollen oder nicht! OK?

Beste Wünsche für ein gutes Neues Jahr!
Das Team von UNSER HAUS

UNSER HAUS - Januar 2021

Mo	Di	Mi	Do	Fr
				1
4	5	6	7	8
	11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung		10 - 12 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen)	11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung
15 - 18 Uhr SPRECHZEIT von und für Menschen mit Heimerfahrung (mit vorheriger Anmeldung)	15 - 18 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen)	16.30 - 18.30 Uhr Malzeit virtuell		16 - 17 Uhr Plauderecke (Zoom 96070543990)
11	12	13	14	15
	11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung	15 - 17 Uhr Beratung des Bürgerbüro e.V. (StrRehaG u.Ä.)	10 - 12 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen)	11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung
	15 - 18 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen)	16.30 - 18.30 Uhr Malzeit virtuell		16 - 17 Uhr Plauderecke (Zoom 96070543990)
18	19	20	21	22
	11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung		10 - 12 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen)	11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung
15 - 18 Uhr SPRECHZEIT von und für Menschen mit Heimerfahrung (mit vorheriger Anmeldung)	15 - 18 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen)	16.30 - 18.30 Uhr Malzeit virtuell		16 - 17 Uhr Plauderecke (Zoom 96070543990)
25	26	27	28	29
	11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung		10 - 12 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen)	11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung
	15 - 18 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen)	16.30 - 18.30 Uhr Malzeit virtuell		16 - 17 Uhr Plauderecke (Zoom 96070543990)

Raus aus der Corona-Isolation!

Neue Kommunikationsangebote aus der ABH – UNSER HAUS

Aus Gesprächen mit unseren Besucher*innen wissen wir, wie sehr vielen von Euch der (niedrigschwellige) Kontakt zu anderen Menschen fehlt, wie wir ihn in „normalen Zeiten“ auf vielfältige Weise in unserem Treffpunkt ermöglicht haben:

- bei Gruppenangeboten
(wie Yoga, Musikunterricht, Spielenachmittag, Frühstück, Singegruppe)
- im offenen Dienstags-Café
- bei gemeinsamen Ausflügen
(wie Foto-Safari) oder Feiern (wie Sommer- und Weihnachtsfest)

Wie können wir dafür unter den aktuellen Bedingungen eine Art Ersatz schaffen?

a) MESSENGER-Gruppe

Schon im letzten Jahr haben wir darüber nachgedacht, eine „WhatsApp-Gruppe“ zu schaffen, in der Kurznachrichten, Fotos und kurze Videos untereinander ausgetauscht werden können. Es gab dagegen nachvollziehbare **Datenschutz-Bedenken**: Alle Gruppenmitglieder wären nämlich in der Lage, die Handynummern aller anderen Beteiligten zu sehen und damit auch Kontaktversuche ohne vorheriges Einverständnis zu unternehmen.

Jetzt arbeiten wir an einer **LÖSUNG** für dies Problem durch Benutzung eines „Messenger“-Dienstes, bei dem die Beteiligten nur über ihren Namen (oder auch einen „Spitznamen“) identifizierbar sind. Die Telefon/Handy-Nr. bleibt dann (**bei richtiger Konfiguration**) **unsichtbar!**

Wir prüfen noch verschiedene Angebote, die diese Möglichkeit anbieten.

Wenn es genügend Interessenten gibt, werden wir in diesem **MESSENGER** eine Gruppe „**UNSER HAUS**“ einrichten, die eine solche Kommunikation (**mit geschützter Privatsphäre**) ermöglicht!

Bitte teilen Sie uns mit (per Mail oder Telefon), ob Sie mitmachen und in die Gruppe aufgenommen werden wollen!

b) Themenbezogene Online-Unterhaltungen / Gespräche

(auch mit **anonymer Telefon**-Teilnahme)

Für den Monat Februar möchten wir mit Euch ein neues Kommunikationsformat ausprobieren!

Zu vorher festgelegten und im Monatsprogramm veröffentlichten Zeiten werden wir unseren (**virtuellen**) **ZOOM-Raum** für Gespräche und Diskussionen mit von Euch bestimmten THEMEN zur Verfügung stellen.

Ihr könnt ein **Thema bestimmen** und einen WUNSCH-Zeitraum benennen – und wir werden Euch, wenn es soweit ist, den **RAUM öffnen**. Wenn Ihr wollt, könnt Ihr zu „Eurem Thema“ auch die **Moderation** übernehmen.

Die Teilnahme an diesen Gesprächen ist auch per Telefon-Einwahl (ohne Übermittlung der Telefonnummer) möglich.

Wer Lust hat, sollte sich bitte in der telefonischen Sprechzeit melden oder gleich bei mir (scherer@heimerfahrung.berlin), weil ich dies Angebot vorerst koordinieren werde.

Neben diesen **themenbezogenen Gesprächsrunden** gibt es weiter das Angebot der wöchentlichen **Plauderecke** (Freitags von 16-17 Uhr), in der von Mal zu Mal von den Teilnehmenden das Thema (spontan) bestimmt wird, über das sie sich unterhalten wollen.

Für all diese **ZOOM**-Angebote steht unser **virtueller GASTRAUM** mit der Nummer **960 7054 3990** zur Verfügung.

Einwahl über Weblink: <https://zoom.us/j/96070543990>

Einwahl über Telefon: **(030) 5679 5800** oder **(030) 3080 6188**

(M)ein LEIBGERICHT – der etwas andere Kochkurs

geht *traditionell & virtuell*

weiter im **Februar!**



Im letzten Jahr hatten wir so manche leckeren Speisen, die einige von Euch auch mitessen oder nachkochen konnten. Das Vor-Ort-Kochen ist leider gemeinsam noch nicht wieder möglich, aber(!) das Dezember-Leibgericht bot Euch die Möglichkeit (neben dem Nachkochen über das Video) eine Kostprobe abzuholen und uns Rückmeldung zu geben, wie es gemundet hat.

Im Februar wird es das wieder geben! Das heißt: Im nächsten Newsletter gibt es die Möglichkeit sich als Verkosterin oder Verkoster anzumelden und am entsprechenden Tag eine Kostprobe abzuholen.

Genauer erfahrt Ihr im nächsten Newsletter!

Kleine Presseschau

BILD-Zeitung

30.11.2020

VERONA (POTH) WEINT UM DIE HEIMKINDER VON GOTHA

„Es macht mir das Herz schwer!“

„Es macht mir das Herz schwer, dass diese Geschichten wahr sind. Ich wünschte mir, das wäre nicht so!“

TV-Star Verona Pooth (52) hat Tränen in den Augen. Für EIN HERZ FÜR KINDER besuchte die zweifache Mutter eine Inobhutnahme in Gotha. So nennt man ein Haus, wo Kinder vor ihren eigenen Eltern geschützt werden müssen.

Es sind Kinder wie die kleine Mia (10, Name geändert). Gewalt hat ihre Kindheit geprägt. Sie erzählt: „Ich wohne hier im Kinderheim, weil sich Mama und Papa gestritten haben.“

Wenn das Mädchen an ihr altes Zuhause denkt, wird ihr bewusst, wie verloren und schutzlos sie sich dort fühlte. Mia: „Ich war früher ganz alleine. Da ist man einsam und dann ist man traurig.“

Ihr neues Zuhause teilt sich Mia mit 30 anderen Kindern. Fast alle leben hier in Obhut.

Manchen nur für ein Jahr. Andere bis zu ihrem 18. Geburtstag.

Verona Pooth zeigt ein Bild, das die kleine Mia (Name geändert) für sie gemalt hat. Es zeigt ihr neues Zuhause im Heim: „Mein sicherer Ort“.

Die Leiterin der Einrichtung Maria Ansorg (27) erklärt: „Hier im Haus braucht kein Kind Angst zu haben, nichts zu essen zu kriegen, keine saubere Kleidung zu haben. Geborgenheit.

Sicherheit. Das ist genau das, was Kinder brauchen. Wir begleiten die Kinder von morgens bis abends. Beim Weinen. Beim Lachen. Bei allen Problemlagen – und geben uns größte Mühe, einen Elternersatz darzustellen“

Als die kleine Mia vor drei Jahren hier ein neues Zuhause gefunden hat, kam sie aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Als die Moderatorin erfährt, dass das kleine Mädchen sich damals büschelweise die Haare ausgerissen hat, kann sie die Tränen nicht mehr unterdrücken. Verona: „Jetzt wo ich höre, dass sie sich selbst die Haare so ausgerissen hat,

da kann man sich ja nur vorstellen, wie schlimm es damals für sie war.“

Mia ist heute gerettet. Doch die Einrichtung ist zu klein geworden für die Vielzahl an Kindern in Not. Immer wieder muss die Leiterin Maria Ansorg gefährdete Babys und Kleinkinder abweisen.

Ansorg: „Das Gefühl, Kinder abweisen zu müssen, weil wir keine Möglichkeit haben, sie aufzunehmen, ist furchtbar. Wir brauchen deshalb dringend mehr Platz.“

EIN HERZ FÜR KINDER will der Einrichtung in Gotha mit Ihren Spenden beim akut notwendigen Ausbau helfen.

Verona Pooth: „Jedes Kind hat es einfach verdient, in Sicherheit mit Liebe und Geborgenheit aufzuwachsen. Bitte spenden Sie und unterstützen Sie die Kleinsten der Kleinsten. Denn die sind wirklich auf unsere Hilfe angewiesen.“

DOMRADIO

10.12.2020

Nonnen sollen Missbrauch durch Priester ermöglicht haben.

Massive Vorwürfe beziehen sich auf Speyerer Kinderheim

Ordensschwwestern in Speyer haben offenbar über Jahre Heimkinder mehreren Geistlichen zum sexuellen Missbrauch überlassen. Vielleicht geht es sogar um Mord zur Vertuschung des Skandals, wie aus einem Urteil des Sozialgerichts Darmstadt hervorgeht.

Kleine Presseschau

Losgetreten hatte den Skandal der Speyerer Bischof Karl-Heinz Wiesemann am Donnerstag mit einem Interview in seiner Kirchenzeitung, in dem er davon ausgeht, dass sich der frühere Generalvikar und Offizial Rudolf Motzenbäcker des Missbrauchs schuldig gemacht habe.

Das Darmstädter Urteil vom Mai beschreibt über viele Seiten die dramatische Kindheit eines 1957 geborenen Mainzers aus prekären Verhältnissen, der nach diversen Stationen mit fünfeinhalb Jahren schließlich im Speyerer Kinderheim der Niederbronner Schwestern landete. Die Zeit in der Engelsgasse nennt er eine "Zeit des ständigen Missbrauchs". Hochgerechnet 1.000 Mal sei er vergewaltigt worden.

Systematischer Missbrauch begann mit zehn Jahren

Angefangen hatte der systematische Missbrauch laut den Schilderungen im Alter von zehn oder elf, als er Ministrant im Kaiserdom war. Der im Urteil als Haupttäter beschriebene Priester, mit dem Motzenbäcker gemeint sein dürfte, der gleichzeitig auch noch sein Beichtvater war, habe ihn immer wieder mit in seine Wohnung genommen und sei dort anal und oral in ihn eingedrungen. Dabei habe er auf einer Kniebank knien müssen, damit der Prälat leichter sexuelle Handlungen an ihm habe vornehmen können.

Ein- bis zweimal monatlich habe er den Priester besuchen müssen. Als Vorwand für Begegnungen habe etwa Hilfe im Garten herhalten müssen. Die Nonnen hätten ihn zu den Treffen "regelrecht hingeschleppt". Manchmal, so gibt es das Urteil wieder, seien auch andere Priester dazugekommen; einmal hätten ihn drei Geistliche auf einmal missbraucht. Bei diesen "Sexspielchen" sei es zu mehrfachem und gleichzeitigigen Geschlechtsverkehr mit ihm gekommen. Daneben berichtete das Opfer bei einer gutachterlichen Befragung auch von psychischen und körperlichen Misshandlungen wie Einsperren im kalten Keller und von Schlägen. Die Nonnen hätten "mit allem gehauen", was sie in die Hände bekommen hätten. Dazu sei es vor allem vor und nach Vergewaltigungen gekommen.

Gruppenvergewaltigungen alle drei bis vier Monate

Zu sogenannten Sexpartys, die demnach alle drei bis vier Monate stattfanden, seien auch Freunde und Politiker gekommen - zwischen drei und sieben Männern zwischen 40 und 60 Jahren. Bei diesen "Gruppenvergewaltigungen" seien auch andere Jungen und Mädchen vor Ort gewesen. Wörtlich die im Urteil wiedergegebene Schilderung: "Es habe einen Raum gegeben, in dem die Nonnen die Herren mit Getränken und Speisen bedient hätten, in der anderen Ecke seien die Kinder vergewaltigt worden. Die Nonnen hätten daran verdient. Die anwesenden Herren hätten großzügig gespendet." Anschließend seien die Leinenbetttücher blutig gewesen, wenn Geschlechtsorgane der Kinder aufgerissen seien. Die meisten der damals beteiligten Kinder seien heute tot. Viele hätten sich selbst umgebracht.

Mutmaßlicher Mord eines vergewaltigten Mädchens

Als prägenden Vorfall nennt das Opfer, das mit Journalisten spricht, seinen Namen aber nicht veröffentlicht sehen will, seinen Kontakt zu einem ein Jahr jüngeren Mädchen, das nach einer solchen Sexparty schwanger geworden sei. Er sei mit ihm bei der Polizei und anderen Behörden gewesen, aber überall als Lügner dargestellt worden. Zwei Wochen später habe er das Mädchen beim Abendessen vermisst und nach ihm gesucht. Schließlich habe er es auf dem Speicher aufgehängt aufgefunden. Er glaube nicht an Selbstmord, weil es keine Aufstiegshilfe an der Stelle gegeben habe. Er vermute, so steht es im Urteil, dass das Mädchen zu viel gewusst habe. Das Gesicht des toten Mädchens werde er nie vergessen, er sei daran innerlich zerbrochen.

Gutachter hegen keinen Zweifel an der Aussage

Mehrere Gutachter und das Gericht hegen keine Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Mannes, gehen von "authentischen Angaben" und "selbst Erlebtem" aus. Auch dass weder Behörden noch Staatsanwaltschaft etwas zu einem erhängten Mädchen bekannt sei, vermag demnach die Glaubhaftigkeit nicht zu erschüttern: "Unklar ist ob und wie dieser Todesfall überhaupt dokumentiert und gemeldet wurde, zudem dürfte davon auszugehen sein, dass bei einem 'Selbstmord' keine weiteren Ermittlungen durchgeführt worden sind."

Ans Licht kam die ganze Geschichte, weil der Mann Hilfe nach dem Opferentschädigungsgesetz geltend machen wollte. Das Gericht ermittelte. Der Beitrag der Niederbronner Schwestern zur Aufklärung der Fälle vor Gericht kann als bescheiden betrachtet werden. Ihr Missbrauchsbeauftragter ließ wissen, dass heute keine Unterlagen mehr zum Aufenthalt von Kindern in Speyer vorlägen. Schwestern, die früher in dem 2000 geschlossenen Heim gearbeitet hätten, könnten die Behauptungen des Klägers nicht bestätigen. Im Übrigen sei "der Kontakt zu dem Kläger beendet worden".

Andere Betroffene bestätigen Aussagen

Allerdings bestätigten andere Betroffene im Wesentlichen die Aussagen des Klägers und belasteten Motzenbäcker. Das Bistum Speyer, das nach eigenem Bekunden seine Informationen einschließlich der indirekten Mordvorwürfe an die Staatsanwaltschaft Frankenthal übermittelt hat, zahlte dem Mann in Anerkennung des Leids 15.000 Euro.

Insgesamt meldeten sich im Zusammenhang mit dem Speyerer Kinderheim demnach bislang vier Betroffene beim diözesanen Missbrauchsbeauftragten. Die strafrechtlichen Verfahren sind inzwischen verjährt. Ein Gutachten für das Gericht bestätigte indes, dass der Mann "aufgrund der Missbrauchserfahrungen zeitlebens immer wieder unter psychopathologischen Symptomen in klinisch relevantem Ausmaß leiden würde".

Michael Jacquemain
(KNA)

deutsche presse agentur
20. Dezember 2020

Vorwurf sexuellen Missbrauchs von ehemaligen Heimkindern

Mit dem Vorwurf sexuellen Missbrauchs haben sich ehemalige Bewohner eines Heims in Pirmasens an das Bistum Speyer gewandt. Es gehe um Anzeigen von vier Betroffenen, die sich auf die 1950er-, 1960er- und 1970-Jahre beziehen, sagte ein Sprecher des Bistums am Sonntag. Die Beschuldigten seien zum Zeitpunkt der Anzeige bereits gestorben, das Bistum halte die Vorwürfe für glaubwürdig und habe den vier Betroffenen in Anerkennung des Leids zwischen 2000 Euro und 10.000 Euro gezahlt. Sie waren demnach zum Zeitpunkt des Missbrauchs zwischen 8 und 15 Jahre alt. Der Vorwurf richte sich gegen einen Priester und fünf Schwestern sowie einen Mitarbeiter. Über den Fall hatte auch die Zeitung "Die Rheinpfalz" berichtet.

perspektive-online.net
20. Dezember 2020

Die evangelikale Brüdergemeinde in Korntal muss mit weiteren Skandalen rechnen.

Von 1949 bis in die 1990er Jahre war sie für systematischen Kindesmissbrauch verantwortlich. Täter*innen wurden geschützt, Taten vertuscht und Opfer verleumdet. Doch

Kleine Presseschau

die Zahl der ehemaligen Heimkinder, die gegen die Brüdergemeinde aussagen und Widerstand leisten, wächst stetig. Ein Kommentar von Pa Shan.

Schweigegeld für Opfer

Die ehemaligen Heimkinder, die zwischen 1950 und 1980 Opfer von Gewalt in den Einrichtungen der Evangelischen Brüdergemeinde Korntal wurden, können bis zum 30. Juni 2021 Entschädigungen verlangen. Ursprünglich sollte die Frist im Sommer 2020 ablaufen, aber aufgrund der Pandemie wurde sie verlängert.

2010 kam die Gewaltgeschichte der Brüdergemeinde erstmals ans Licht. Damals schilderte Detlev Zander, ein ehemaliges Heimkind der Brüdergemeinde, vor laufender Kamera, was ihm und anderen Heimkindern viele jahrelang angetan wurde. Die Süddeutsche Zeitung fasst zusammen:

„Da war die sadistische Tante G., die in ihrer ‚Rotkehlchengruppe‘ die Kinder windelweich schlug und sie zwang, Erbrochenes wieder zu essen. Da war der Hausmeister, der immer Jungs abholte, weil er mit ihnen angeblich Fahrräder reparieren wollte. Da war die Zwangsarbeit, waren die prügelnden Erzieher, ohne jede Ausbildung, aber beseelt von der Idee, den Kindern den Teufel austreiben zu müssen.“

Zwangsarbeit, Prügelstrafen, Psychoterror und sexueller Missbrauch waren in den Kinderheimen der Brüdergemeinde jahrzehntelang an der Tagesordnung.

Selbsthilfe ehemaliger Heimkinder

Nachdem der Missbrauch durch die Brüdergemeinde bekannt geworden war, gründeten ehemalige Heimkinder dreier Kinderheime die Opferhilfe Korntal. Diese ist der Aufklärung der Verbrechen in Korntal und der Hilfe für die vielen Opfer verpflichtet. Entstanden ist unter anderem eine Homepage mit einem großen Archiv.

Die Initiative erklärt: „Wir klagen an, dass wir in den Heimen Opfer von sexualisierter, physischer und psychischer Gewalt sowie Vernachlässigung geworden sind [...] Wir fordern darum von der Evangelischen Brüdergemeinde Korntal die Aufklärung und Aufarbeitung des Geschehens, nicht nur in den Heimen, sondern die komplexen Zusammenhänge der Gemeinde, und auch der Evangelischen Landeskirche Baden-Württemberg.“

Immer mehr Opfer der evangelikalen Kindesmissbrauchs meldeten sich zu Wort. Ein Opfer schreibt: „Wenn es Schläge gab, weinten wir nicht mehr. Wenn Sexueller Missbrauch kam, waren wir bereitwillig, und hielten es aus. Es kam soweit, dass wir nicht mehr weinten, lachten oder redeten. In uns war es dunkel und kalt geworden, genau wie in einer Hölle.“

Viele der heute Erwachsenen, die zwischen den 50er und 90er Jahren in den Kinderheimen waren, berichten von ihren Traumata, Depressionen und Suizidversuchen. Die Opferhilfe ermuntert dazu, sich mit den anderen Opfern zusammenzuschließen und (anonym) auszusagen.

Schutz der Täter*innen

Die Täter*innen reagierten, indem man Detlev Zander und andere Opfer der Lüge bezichtigte. Erst die Klage Zanders vor Gericht und die Beweislast zwangen die Evangelikalen dazu, einen Teil der Verbrechen zuzugeben und auf scheinheilige Weise Besserung zu geloben.

Aber die Ereignisse sind keineswegs ausreichend aufgearbeitet. Die Opferhilfe Korntal schreibt: „Was geschah nach der Entdeckung? Was wurde getan und was wurde versäumt? Für die Täter wurde viel getan. Man schützte sie vor Strafverfolgung, man schüchterte Eltern und Kinder ein, um Strafanzeigen zu vermeiden. Man ermöglichte den Tätern, neue Arbeitsstellen, neue Opfer zu finden.“

Kleine Presseschau

Mitunter waren die Evangelikalen dafür verantwortlich, dass Täter*innen nach ihren Taten ungeniert weiter misshandeln konnten: „Wurde ein Täter überführt, hat man ihn vielfach nicht der Polizei übergeben, sondern ihn an andere Heime weitergereicht, und dies im Wissen, dass dort weitere Übergriffe befürchtet werden müssen.“

Vertuschung und Schweigen

Kirchenrecht, Korruption und eine wegschauende Zivilgesellschaft verhindern ein Ende des systematischen Kindesmissbrauchs. Täter*innen werden nicht als Verbrecher*innen behandelt und ihre Taten als Ausrutscher. Systematischer Kindesmissbrauch wird als Summe von Einzeltaten dargestellt. Eine menschenfeindliche Weltanschauung – der christliche Fundamentalismus der Brüdergemeinde – wird als einfaches Glaubensbekenntnis abgetan. Die Brüdergemeinde zahlte „Anerkennungsleistungen“ zwischen 1.000 und 20.000 Euro an Opfer aus. Die geringen Mengen kommen einem Hohn gleich. Die Evangelikalen sind darum bemüht, die komplexen Zusammenhänge zwischen Staat, Kirche und Kindesmissbrauch zu verdunkeln. Und das Bundesland Baden-Württemberg macht mit. Eine ehrliche Aufarbeitung und echte Konsequenzen für die evangelikale Gemeinde gab es nicht.

Der Staat war zwar gezwungen, die Klagen von Opfern anzunehmen und Urteile zu sprechen. Daher gibt es für die Opfer auch einmalige Entschädigungen in viel zu geringer Höhe. Viele der unmittelbaren Täter*innen sind jedoch bereits verstorben und können keine Haftstrafen mehr antreten oder vor die Öffentlichkeit treten.

Ein konsequentes Urteil müsste auch die Mitwisser*innen bestrafen. Die Opferhilfe Korntal nennt vier verschiedene Gruppen von Mitwissenden, die bisher nicht bestraft wurden für ihr Schweigen und ihre Mittäterschaft. Ferner ist es notwendig, die Brüdergemeinde zu zerschlagen, um der systematischen Gewalt in den Kinderheimen ein Ende zu bereiten.

ZEIT ONLINE

30.12.2020

Knapp 1000 frühere Heimkinder erhalten Anerkennungsleistung

Hannover/Bremen (dpa/Ini) - Seit Anfang 2017 haben knapp 1000 frühere Heimkinder aus Niedersachsen Geld von der Stiftung Anerkennung und Hilfe erhalten. Dies teilte eine Sprecherin des Bundessozialministeriums auf Nachfrage der Deutschen Presse-Agentur mit. Mit der Zahlung wird anerkannt, dass die Frauen und Männer in der Nachkriegszeit in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben. Als behindert oder auffällig eingestufte Menschen wurden sie geschlagen und ruhig gestellt. Manche wurden für Medizintests missbraucht. In Bremen haben seit Beginn der Stiftungslaufzeit im Januar 2017 knapp 90 Betroffene Anerkennungsleistungen erhalten. Die Stiftung wurde von der Bundesregierung, den Bundesländern sowie der evangelischen und katholischen Kirche gegründet, um die Vergangenheit aufzuarbeiten und das Leid anzuerkennen. Bis Juni 2021 können sich Betroffene melden und eine Pauschale von 9000 Euro erhalten. Wer während des Aufenthaltes in der stationären Einrichtung sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat, ohne dass die Einrichtung dafür Beiträge zur Sozialversicherung zahlte, kann zusätzlich bis zu 5000 Euro als Ausgleich für entgangene Rentenansprüche bekommen.

In Niedersachsen wurden bis Ende November insgesamt 10,3 Millionen Euro an 961 Betroffene ausgezahlt. In Bremen bekamen 88 Betroffene Leistungen von insgesamt rund 794 000 Euro. Bundesweit hat die Stiftung bislang insgesamt 16 500 Männern und Frauen eine Geldpauschale von 9000 Euro und/oder die Rentenersatzleistung von bis zu 5000 Euro

Kleine Presseschau

gezahlt. Die ausgezahlte Gesamtsumme liegt bei rund 171,8 Millionen Euro. Die Stiftung geht davon aus, dass sich bis zum Ende der Laufzeit im Juni 2021 rund 25 000 Betroffene für den Erhalt von Stiftungsleistungen anmelden werden.

Über die Stiftung **Laufzeit bis Ende Juni 2021 verlängert**

ZEIT ONLINE

31.12.2020

Sexuelle Gewalt in der Kirche Kritik an neuer Entschädigungsregelung

Ab Januar sollen die Opfer sexueller Gewalt von der Kirche mehr Geld bekommen. Doch es gibt weiter Kritik: Das Gremium, das darüber entscheidet, sei nicht unabhängig.

Ab dem 1. Januar können Menschen, die sexualisierte Gewalt in der Kirche erleiden mussten, mehr Schmerzensgeld und Unterstützung erhalten. Eine entsprechende "Ordnung für das Verfahren zur Anerkennung des Leids für Betroffene sexuellen Missbrauchs im kirchlichen Kontext" ist ab diesem Zeitpunkt in Kraft (Informationen darüber und Anträge finden sich hier bei der katholischen Bischofskonferenz). Gleichzeitig hatte die Bischofskonferenz eine Unabhängige Kommission für Anerkennungsleistung (UKA) eingerichtet, die entsprechende Fälle bearbeiten soll.

Doch gibt es Kritik daran. Die Neuregelung der Entschädigungszahlungen sei "viel zu spät und völlig unzureichend", sagte der Mannheimer Psychiater Harald Dreßing in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. "Ohne Strukturen, die von der Kirche vollkommen unabhängig sind, kann diese ihre Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Betroffenen nicht wiedergewinnen."

Dreßing war Koordinator der 2018 veröffentlichten Studie über sexuelle Gewalt in der katholischen Kirche. Die von Forschern aus Mannheim, Heidelberg und Gießen (MHG) durchgeführte Untersuchung analysierte das Ausmaß an Missbrauch in der katholischen Kirche zwischen 1946 und 2014 und gab Empfehlungen für Prävention und weitere Aufarbeitung.

Standards zusammen mit Bundesregierung festgelegt

Die Bischofskonferenz wies die Kritik zurück. Die Unabhängige Kommission für Anerkennungsleistung, die über die Höhe von Zahlungen an Betroffene von Missbrauch in der katholischen Kirche entscheidet, sei ein Ergebnis aus den Anregungen der sogenannten MHG-Studie, sagte Bischofskonferenz-Sprecher Matthias Kopp der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

Neben der MHG-Studie habe sich die Bischofskonferenz unter anderem an der im Juni unterzeichneten gemeinsamen Erklärung zwischen ihr und dem Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung orientiert, sagte Kopp. Diese lege "verbindliche Kriterien und Standards für eine unabhängige Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche in Deutschland" fest.

Bislang wurde Betroffenen eine einmalige Geldleistung von im Regelfall bis zu 5.000 Euro zugesprochen. Zusätzlich konnten Kosten für Therapie- oder Paarberatung erstattet werden. Ab Januar orientieren sich die Zahlungen der Kirche an den Urteilen staatlicher Gerichte zu Schmerzensgeld in vergleichbaren Fällen. Damit können bis zu 50.000 Euro gezahlt werden, die bisher schon praktizierte Hilfe bei Therapiekosten gibt es weiterhin.

Kleine Presseschau

Die UKA sei unabhängig, sagte Kopp. Wollten sich die Mitglieder der Kommission oder die Geschäftsstelle an die Öffentlichkeit wenden, gebe es dafür keine Einschränkungen. Vorgesehen sei, dass das Gremium jährlich einen schriftlichen Tätigkeitsbericht erstelle, der auch veröffentlicht werde: "Die UKA erhält darüber hinaus keine Vorgaben zur Ausgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit von Seiten der Deutschen Bischofskonferenz."

BERLINER WOCHE

5.1.2021

SCHREIBTHERAPIE FÜR DDR-HEIMKINDER

Hilfsprogramm zur Bewältigung traumatischer Erfahrungen im Internet

In der DDR waren in ihrem 40-jährigen Bestehen über eine halbe Million Kinder in Heimen und Jugendwerkhöfen untergebracht und inhaftiert und mussten teilweise brutale Demütigungen, sexuelle und physische Gewalt durch Personal und Mitsässen ertragen. Wer in der DDR zu sehr aus dem sozialistischen Takt tanzte, galt schnell als „Rowdy“ oder schwer erziehbar. „Problemkinder“ landeten in Heimen und Jugendwerkhöfen zur sozialistischen Umerziehung. Neben Gründen wie Tod der Eltern war auch die politische Verfolgung der Eltern ein Grund, die Kinder ins Heim zu stecken. Wer drin war, musste teils schlimme Erfahrungen mit Gewalt und Unterdrückung machen.

Im Rahmen des Forschungsverbundes „Testimony – Erfahrungen in DDR-Kinderheimen. Bewältigung und Aufarbeitung“ bietet die MSB Medical School Berlin (Hochschule für Gesundheit und Medizin) eine webbasierte Schreibtherapie. „Wir wollen Menschen, die in der DDR belastende Erfahrungen in Kinderheimen, Spezialheimen oder Jugendwerkhöfen gemacht haben, eine Unterstützung bei der Verarbeitung bieten“, so Studienleiterin Professor Birgit Wagner. In dem Online-Programm können ehemalige DDR-Heimkinder mit einem schreibtherapeutischen Verfahren sechs Wochen lang über unterschiedliche Aspekte ihres Lebens schreiben. Dabei werden sie von Psychologen betreut und bekommen persönliche Rückmeldungen über die gesicherte Projektplattform. Studien belegen, dass solche Schreibtherapien psychische Belastungssymptome reduzieren können. Laut Wagner gebe es „Hinweise darauf, dass solche Online-Programme ähnlich wirksam sind wie Therapiesitzungen im Sprechzimmer“.

Das Online-Programm für ehemalige Heimkinder wird wissenschaftlich begleitet. Über www.DDR-Heimerfahrung.de und unter der E-Mail-Adresse kontakt@DDR-Heimerfahrung.de können sich Betroffene informieren und anmelden. Die Teilnahme ist kostenfrei und die Schreibaufgaben können zu selbst gewählten Zeitpunkten bearbeitet werden.